



Sucht und Ordnung
Karsten Krampitz

Österreich – der neue Paradiesstaat deutscher Linker

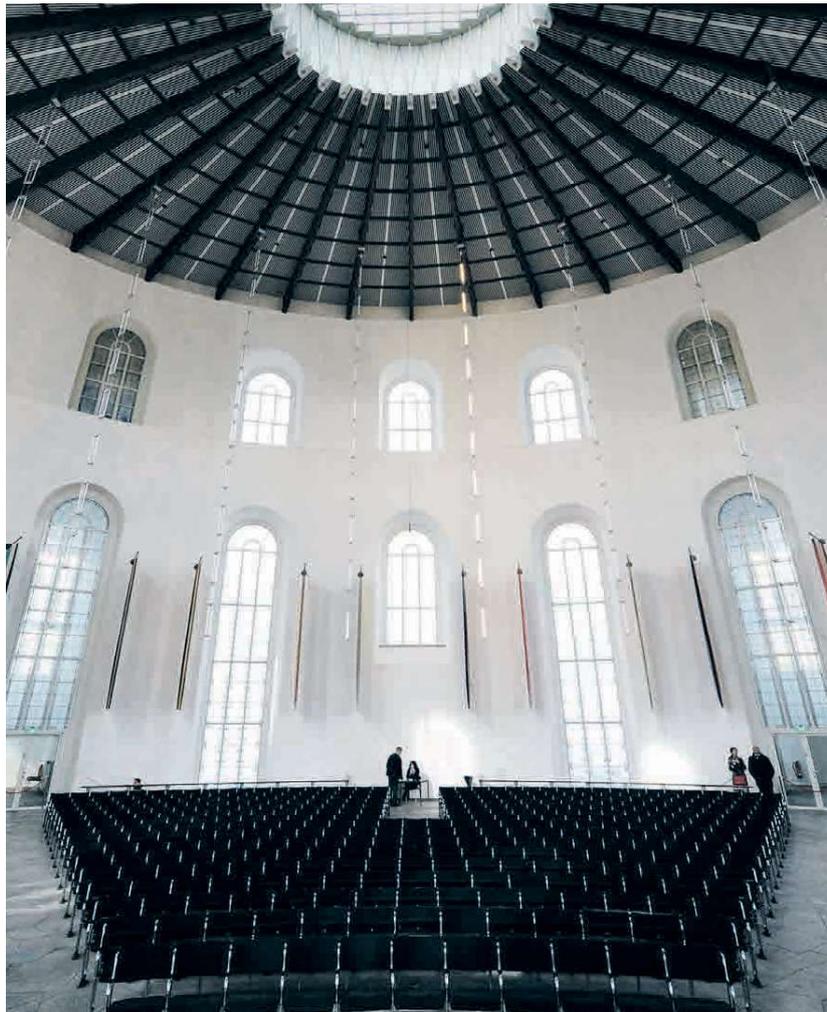
Die deutsche Linke braucht stets einen Paradiesstaat, auf den sie ihre Sehnsüchte projizieren kann. Seit langer Zeit nimmt beispielsweise das „revolutionäre Kuba“ diese Rolle ein. Gerade für ehemalige SED-Mitglieder ist die Trauminsel attraktiv, Ossi müssen sich nicht entscheiden, Kuba hat beides: Stasi und Bananen. Ein solcher Paradiesstaat war auch die Sowjetunion, seit der Oktoberrevolution das „Vaterland aller Proletarier“. Wen interessieren Gulags und Millionen Tote in den Hungerkatastrophen oder auch die Massenerschießungen während der Stalin'schen Säuberungen? Das blinde Morden, „la terreur“, gehörte schon in der Französischen Revolution dazu, wie auch der Genozid in der Vendée mit wohl mindestens 200.000 Opfern. Aber wer weiß das noch? Der Sturm auf die Bastille wird bis heute gefeiert, ebenso wie der Sturm aufs Winterpalais. Vielleicht wird es Zeit für einen neuen Paradiesstaat?

Mein Vorschlag: Österreich. Warum nicht? Die Leute leben dort tatsächlich im Wohlstand. Allein schon das Essen: Kaiserschmarrn, Wiener Schnitzel, Tafelspitz, Gulasch oder Käsespätzle und so fort – delizios! Der Humor ist auch besser. Ich meine nicht nur den Wiener Schmäh. In Klagenfurt habe ich vor Jahren mal im Wirtshaus „Zum Pumpe“ ein kleines Bier bestellen wollen, worauf Mutter Oberin meinte: „Laaf a Runde um die Häuser. Und wennst wiederkommst, hast an Duarscht und bestellst a Großes.“ Kommunisten, so viel wissen wir noch aus alter Zeit, sind Tote auf Urlaub. Warum den Urlaub nicht in Österreich verbringen, im Paradies? Mag sein, dass die deutsche Linke nicht immer gute Erfahrungen mit Politikern aus Österreich gemacht hat (Stichwort Karl Kautsky). Doch ausgerechnet in der Alpenrepublik, in Musils „Kakanien“, feiert der Kommunismus fröhliche Urständ. Und wenn man sieht, was die Genossen unter Kommunismus verstehen, ist das eine gute Nachricht.

War die KPÖ erst nur in der Steiermark ein ernst zu nehmender politischer Faktor – die Kommunisten sind im Landtag vertreten und stellen in Graz die Bürgermeisterin – kam mittlerweile auch das Salzburger Land hinzu. Dass die KPÖ Plus hier im Landtag reüssieren konnte und jetzt in der Stichwahl fürs Salzburger Rathaus steht, hat die Partei nicht zuletzt ihrem Spitzenkandidaten zu verdanken: Kay-Michael Dankl, ehemals Bundesvorsitzender der Grünen Jugend. Ein ruhiger, zurückhaltender und klar formulierender Mann, der habituell eher einem Pfarrer ähnelt. Aber genau das könnte seine Chance sein. Vergangenen Sonntag fehlten ihm nur 821 Stimmen, um den SPÖ-Kandidaten auf Platz zwei zu verweisen. Noch mal für die Statistik: Im ersten Wahlgang hatte die KPÖ Plus einen Stimmenzuwachs von beinahe 20 Prozent zu verzeichnen! Weil es bei den österreichischen Kommunisten Usus ist, dass die Amts- und Mandatsträger den Teil ihres Einkommens spenden, der den durchschnittlichen Facharbeiterlohn von 2.300 Euro netto übersteigt, käme bei einem Sieg in der Stichwahl einiges an Spenden zusammen. Die Bezüge des Salzburger Bürgermeisters belaufen sich auf 15.000 Euro!

Bedauerlicherweise erzielt die KPÖ aber in österreichischen Umfragen ähnliche Werte wie hierzulande die Linkspartei, während die rechtsextreme FPÖ momentan bei 31 Prozent liegt. Im Herbst ist Nationalratswahl: Wenn schon blau, dann Bierpartei! Die Demoskopen sehen die bekennenden Trinker aus dem Umfeld der Punkband Turbopier sehr wohl. Für den Einzug ins Bundesparlament würde das reichen. Und Grund zum Saufen würde es auch geben, unter einem Kanzler Kickl.

Karsten Krampitz hat zuletzt im Verbrecher-Verlag das Buch *Pogrom im Scheunenviertel. Antisemitismus in der Weimarer Republik und die Berliner Ausschreitungen 1923* veröffentlicht



In der Frankfurter Paulskirche trat am 18. Mai vor 175 Jahren die deutsche Nationalversammlung zusammen

FOTO: BREWSTER/REDFERNS/DAVID JACKS

Die Angst vor dem Verdacht

Global Assembly Die Nahost-Debatte wird immer aufgeheizter. Nun wurde eine Veranstaltung zu globalen Menschenrechten abgesagt – aus Sorge vor den Folgen

von **Stephan Hebel**

Berichte über Ereignisse, die nicht stattfinden, sind nicht gerade die Regel in der Medienwelt. Aber es kommt schon mal vor, dass eine Absage mehr Aufmerksamkeit erregt als das Ereignis selbst, wenn es stattgefunden hätte. Vor allem dann, wenn der unerbittliche und weitgehend polarisierte Streit über den Israel-Palästina-Konflikt ins Spiel kommt.

Für das Ereignis, um das es hier geht, wäre dieser Konflikt ursprünglich ein Aspekt unter vielen gewesen. Die „Global Assembly für Menschenrechte, Demokratie und globale Gerechtigkeit“, die sich dieser Tage in Frankfurt am Main treffen sollte, hatte einen viel umfassenderen Ansatz. Und doch wurde die Auseinandersetzung über den Terror der Hamas und den Krieg in Gaza zum Hauptgrund dafür, das Treffen schweren Herzens abzusagen. Wie das?

Die Idee einer Global Assembly wurde vor rund zwei Jahren geboren, als in Frankfurt und Berlin die Vorbereitungen für ein Jubiläum getroffen wurden. Stadt und Bund bereiteten sich auf den 175. Jahrestag der deutschen Nationalversammlung vor, die im Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammengetreten war. Die Stadtpolitik signalisierte Interesse an Beiträgen zum Jubiläum aus der Zivilgesellschaft, und die Initiative „Der utopische Raum“ griff gerne zu. Das war ein lockerer Zusammenschluss, der regelmäßig politische Veranstaltungen organisierte, getragen von der Stiftung *medico international*, dem Institut für Sozialforschung, der *Frankfurter Rundschau* und einigen Einzelpersonen aus Wissenschaft und Kultur.

Der Ansatz für einen Beitrag zum Paulskirchen-Jubiläum war schnell gefunden: Dem nationalen und demokratischen Aufbruch von 1848 könne in Zeiten der Globalisierung nur gerecht werden, war auch die Idee universeller Menschenrechte global begriffen und verteidigt. Wie wäre es also, am Ort des Jubiläums einen geschützten Raum zum Gespräch unter Menschen zu schaffen, die sich in aller Welt – oft unter Bedrohung für Freiheit oder Leib und Leben – für Demokratie und Menschenrechte einsetzen? Menschen, die sich „von unten“ gegen Autoritarismus, die ökologischen Folgen des globalisierten Kapitalismus sowie die vielfältige Diskriminierung gesellschaftlicher Gruppen engagieren?

Die Stadt Frankfurt sagte finanzielle Unterstützung zu, ebenso das Hessische Wissenschaftsministerium sowie die Bundeszentrale für politische Bildung. Es bildete sich ein kleiner Initiativkreis aus Einzelpersonen, die über langjährige Erfahrung in Hilfsorganisationen, politischen Stiftungen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Medien verfügten. Hinzu kam ein Trägerkreis aus politischen Stiftungen, Menschenrechtsorganisationen und anderen Initiati-

In den Medien wird die Entscheidung diffamiert, als „Cancel Culture“

ven, unter anderem die Friedrich-Ebert- und Heinrich-Böll- und die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brot für die Welt, *medico international* und Reporter ohne Grenzen.

So entstand eine Gruppe aus 45 Personen, ausgewählt nach inhaltlichen Arbeitsschwerpunkten, regionaler Herkunft und Geschlecht, die erstmals im Mai 2023 in Frankfurt zusammenkam. Nach einem Auftakt in der Paulskirche tauschten sich die Teilnehmenden aus allen Kontinenten mehrere Tage lang in Klausur über ihre Erfahrungen aus und erkundeten Denkräume für eine Verteidigung und einen Ausbau grundlegender Rechte. Wie sich aus dieser höchst diversen Menschenansammlung eine im Umgang trotz mancher Kontroverse solidarische Gruppe bildete, wurde für die anwesenden Mitglieder des Initiativkreises zur unvergesslichen Erfahrung. Auch die interessierte Öffentlichkeit nahm an dem Auftakt teil, so veröffentlichte *der Freitag* eine achtsseitige Beilage zu Themen und Hintergründen der Global Assembly.

Aus der Vorversammlung entstanden fünf Arbeitsgruppen, die sich in digitalen Konferenzen mit Autoritarismus, Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit, ökonomischer und finanzieller (Un-)Gerechtigkeit, Migration und Staatenlosigkeit sowie der sozial-ökologische Krise befassten. Die Ergebnisse sollten im März mit etwa 60 Teilnehmenden diskutiert und in mehreren Veranstaltungen der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Ein globaler Diskussionsprozess, angetrieben vom Anspruch auf Gültigkeit und Durchsetzbarkeit universeller Menschenrechte für alle, ob pakistanische Textilarbeiterinnen, bedrohte Journalistinnen aus Ägypten und Russland oder indonesische

Bäuerinnen und Fischer, die von ökologischer Zerstörung durch Nickelabbau für deutsche Elektroautobatterien betroffen sind – wie kann es sein, dass die polarisierenden Nahost-Debatten diesen Menschenrechtsdiskurs im geschützten Raum eines Frankfurter Kulturzentrums verhindern?

Schon in den vergangenen Jahren hatte sich gezeigt, wie schnell Sichtweisen, vor allem aus dem Globalen Süden, die den Verbrechen der Ex-Kolonialmächte mehr Raum im historischen Bewusstsein verschaffen wollen, vor allem hierzulande schnell als Relativierung des Holocausts gebrandmarkt werden – auch wenn sie solcher Relativierung eine Absage erteilen.

Zwar ist die Veranstaltung abgesagt, der Prozess geht aber trotzdem weiter

Seit dem gnadenlosen Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und den zerstörerischen Gegenschlägen Israels in Gaza hatte sich die Polarisierung des Diskurses erheblich verstärkt. Es gab einerseits, unter dem Deckmantel der „Solidarität mit Palästina“, erschreckende Ausbrüche von Antisemitismus und Vernichtungsfantasien gegenüber Israel. Andererseits wurde der Vorwurf des Antisemitismus in weiten Teilen der deutschen Politik geradezu inflationär benutzt, um auch solche Äußerungen zu delegitimieren, die zwar speziell im deutschen Kontext umstritten und provozierend erscheinen, aber in einem offenen Austausch eigentlich zu ertragen sein müssten. Manchmal fühlten deutsche Funktionsträger sich bemüßigt, einem Juden zu erklären, was Antisemitismus ist – siehe nur den Skandal um die Berlinale.

In diesem Debattenklima kam die Befürchtung auf, dass es auch gegen die Global Assembly Angriffe geben könnte. Nicht weil der Initiativkreis erwartet hätte, dass die Teilnehmenden sich in antisemitischen Äußerungen ergehen würden. Sondern weil klar war, dass auch als legitim anzusehende Positionierungen schnell unter Antisemitismusverdacht gestellt und damit skandalisiert werden könnten. Der Entschlossenheit, das Treffen durchzuführen, tat das zunächst keinen Abbruch, der Initiativkreis und die Trägerorganisationen hatten sich in einem vorbereiteten Statement klar positioniert: „Wir gehen davon aus, dass die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Universalität der Menschenrechte sowie demokratische Teilhabe für alle Menschen für uns alle die zentralen Bezugspunkte sind. Diesen Anspruch vertreten wir gegenüber allen, die ihn verletzen, unabhängig davon, ob sie mit dem Recht eines Staates auf Verteidigung oder dem Recht nichtstaatlicher Akteure auf Widerstand begründet werden.“

Nun aber wurde aus den Reihen der Trägerorganisationen, wenn auch nicht von allen, eine andere Befürchtung laut: Was, wenn eine Skandalisierung der Global Assembly gelingen und das Ansehen der Organisationen erfolgreich beschädigt würde? Wäre dann nicht gerade die Arbeit mit den Partnern im Globalen Süden gefährdet?

Diese Befürchtung hat sich nach langer Debatte im Initiativkreis durchgesetzt, und so fiel die Entscheidung, die Versammlung in der geplanten Form abzusagen – was übrigens nicht das Ende des Prozesses bedeuten muss. Gespräche über andere Diskussionsformate haben begonnen. Aber die Kraft, im aufgeheizten Debattenklima medial wirkmächtigen Angriffen zu widerstehen, die zudem die eigentlichen Inhalte überlagern würden, hat der Initiativkreis am Ende weder bei sich selbst noch bei den Organisationen im Trägerkreis gesehen.

Dass diese Entscheidung in manchen Medien nun als Teil der „Cancel Culture“ diffamiert wird, gegen die die Global Assembly selbst sich immer gewandt hat, wird zu ertragen sein. Als Niederlage muss es allerdings in der Tat gewertet werden, dass sich die diskursiven Machtverhältnisse als unüberwindliches Hindernis erweisen, um ein solches Vorhaben mit begrenzten Ressourcen durchzuhalten.

Dieser Text gibt die Sichtweise des Initiativkreises der Global Assembly wieder, dem der Autor angehort